

Studienhandbuch Östliches Europa

Band 1:
Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas

Herausgegeben von
HARALD ROTH



1999

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Historische Grundzüge

Von der Entstehung des modernen Staates bis zum Ende des Ersten Weltkriegs
In der Pariser Konvention von 1858 hatten die Großmächte den politischen und administrativen Status der beiden Donaufürstentümer / Moldau und Walachei als *Principautés Unies de Moldavie et de Valachie* festgeschrieben. Die gleichzeitige Wahl des Militärs Alexandru Ioan Cuza zum Fürsten beider Länder im Januar 1859 führte zur „Personalunion“. Dem Einverständnis der Großmächte zu diesem Schritt folgte schließlich die verwaltungsmäßige Realunion 1862. Cuza war bestrebt, eine Reihe von notwendigen gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen durchzuführen. Die Agrar- und Wahlgesetze wurden wegen des heftigen Widerstandes der *Bojaren allein vom Fürsten erlassen, ohne das Parlament einzuschalten. Der Widerstand gegen diese allzu „liberale“ Vorgehensweise führte zum Komplott gegen den Fürsten, der 1866 zur Abdankung und zum Verlassen des Landes gezwungen wurde.

Als Gegengewicht zu den verschiedenen Bojarencliquen wählte das Parlament den deutschen Fürsten Karl von Hohenzollern-Sigmaringen zum Oberhaupt des jungen Staates. In einer ersten Übergangsphase erhielt Rumänien (rum. România) eine Verfassung nach belgischem Vorbild, die in ihren grundlegenden Teilen bis 1938 Gültigkeit besaß. Der mit weitreichenden Machtbefugnissen ausgestattete Monarch stand über Regierung und Zweikammerparlament. Eine innenpolitische Krise, die 1871 beinahe zum Rücktritt des Fürsten führte, konnte überwunden werden. Es gelang Karl, das Land bis 1914 mit straffer Hand zu lenken, indem er abwechselnd die Konservativen und die Liberalen an der Regierung beteiligte. Diese beiden Parteien, die auf westliche Vorbilder zurückgingen und sich in einer erbitterten Rivalität gegenüberstanden, basierten nicht auf gewachsenen Strukturen oder genau konturierten Ideologien, sondern waren Vereinigungen von Individualinteressen zur politischen Machterlangung, wobei die jeweiligen Parteiführer prägend wirkten. Ein politischer Höhepunkt war die Erklärung der Unabhängigkeit Rumäniens vom / Osmanischen Reich während eines erneuten russisch-osmanischen Konfliktes 1877. Der *Berliner Kongreß sprach Rumänien die Dobrudscha zu. 1881 folgte schließlich die Rangerhöhung des Fürsten zum König Carol I.

Ein erster wirtschaftlicher Aufschwung entstand durch den Eisenbahnbau und den Anschluß an die Schienennetze des / Habsburger- und des Zarenreichs. Während der Herrschaft Carols gelang der Einstieg in die Industrialisierung, und Bukarest wurde zur Metropole. Doch das Grundproblem Rumäniens, die Agrarfrage, die bereits Cuza zu lösen versucht hatte, blieb nach wie vor akut. Die Bauern hatten bereits in mehreren Erhebungen auf ihre prekäre Lage aufmerksam gemacht, bevor es 1907 zum größten Aufstand in Südost-

europa kam; er wurde mit Waffengewalt unterdrückt und kostete über 11.000 Menschen das Leben.

Die Einmischung in den Zweiten *Balkankrieg 1913 führte zur Angliederung der bulgarischen Süddobrudscha an Rumänien. Nach Beginn des Ersten Weltkriegs blieb das Land zunächst neutral. Erst der Bündnisvertrag mit den Entente-Mächten vom 17. August 1916, der den Schutz des Territoriums garantierte sowie Zusagen auf weitere Gewinne (/ Siebenbürgen und das / Banat, ostungarische Komitate, die südliche / Bukowina und Grenzkorrekturen zu Lasten / Bulgariens) enthielt, führte zum Kriegseintritt Rumäniens.

Die Zwischenkriegszeit und der Zweite Weltkrieg

Mit dem Zusammenbruch der Mittelmächte und dem in Mittel- und Westeuropa als Bedrohung empfundenen russischen Bolschewismus errang Rumänien, selbst auf der Siegerseite, eine gewisse außenpolitische Bedeutung. Nach den Anschlußerklärungen durch sog. Nationalversammlungen der Rumänen Bessarabiens (/ Moldawien), der Bukowina und Siebenbürgens mit dem Königreich, ratifizierte das Bukarester Parlament die Vereinigungsgesetze Ende 1919. Zusätzlich erhielt Rumänien den östlichen Teil des Banats. Die Pariser Friedenskonferenz bestätigte die Schaffung „Großrumäniens“ in den Vorortverträgen. Mit 295.049 qkm und knapp 14,7 Mio. Einwohnern (1919) wurden Territorium und Bevölkerungszahl weit mehr als verdoppelt. Der neue Staat verkörperte nicht nur den Zusammenschluß fast aller Rumänen, er vereinigte in seinen Grenzen auch eine zahlreiche nichtrumänische Bevölkerung: 1930 lebten hier neben 71,9 % Rumänen 7,9 % Ungarn, 4,1 % / Deutsche, 4,0 % / Juden, 3,2 % Ukrainer und *Ruthenen, 2,3 % Russen, 2,0 % Bulgaren, 1,5 % / Zigeuner (Roma), 1,0 % Türken und *Tataren u.a. Dennoch sprach die Verfassung von 1923 von Rumänien als „nationalem Einheitsstaat“.

Eine radikale Agrarreform, die die Enteignung der Großgrundbesitzer vorsah, blieb eine grundlegende Aufgabe. Außerdem bildeten die Unterschiedlichkeit der zusammenzuführenden Verwaltungsgebiete und die Minderheitenfrage keine guten Voraussetzungen für die Entwicklung eines parlamentarisch-demokratischen Systems. Schließlich förderten Wahlmißbrauch und -fälschungen, restriktive legislative Maßnahmen wie Belagerungszustand und Zensur, ein schwaches Parlament, die Dominanz einzelner Persönlichkeiten – des Vorsitzenden der Nationalliberalen Partei, Ion I. C. Brătianu, in den 20er Jahren sowie des Königs Carol II. in den 30er Jahren – autoritäre Tendenzen. Nach 1930 kam es zum rasanten Aufstieg der rechtsradikalen politischen Gruppierung der „Legion Erzengel Michael“, die mit ihrer klaren Ablehnung des existierenden politischen Systems die innenpolitische Krise verschärfte. Die großen Parteien – Nationalliberale Partei und Nationale Bauernpartei – und der König vermochten es aufgrund politischer Rivalitäten, jeweils eigener Machtambitionen sowie der zweideutigen Haltung gegenüber der nationalistischen und antisemitischen Legion nicht, eine Beruhigung der Lage herbeizuführen.

Die prekäre wirtschaftliche Lage, die durch die Weltwirtschaftskrise weiter verschlechtert wurde, förderte zudem die innenpolitische Instabilität.

In seiner Außenpolitik war Rumänien bestrebt, den territorialen Status quo zu wahren. Das zu diesem Zweck aufgebaute Bündnissystem der *Kleinen Entente mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien und des „Balkanpakts“ mit Jugoslawien, Griechenland und der Türkei hielt dem außenpolitischen Druck der expansionistischen Großmächte jedoch nicht stand. Die Sowjetunion hatte nach einem Ultimatum am 28. Juni 1940 Bessarabien und die Nordbukowina besetzt. Ungarn erhielt nach dem „Zweiten Wiener Schiedsspruch“ am 30. August 1940 Nordsiebenbürgen. Schließlich mußte Rumänien die Süddobrußa an Bulgarien abtreten. Als Konsequenz mußte Carol II. abdanken und das Land verlassen. Der neue Machthaber, General Ion Antonescu, rief den Nationallegionären Staat aus. Es kam zu Judenverfolgungen, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (wie Nicolae Iorga) wurden ermordet. Nach Ausschaltung der Legionäre nach einem Putschversuch regierte Antonescu als Militärdiktator. An der Seite Deutschlands trat Rumänien 1941 in den Krieg gegen die Sowjetunion ein. Der Kriegsverlauf nach der Schlacht um Stalingrad führte schließlich am 23. August 1944 zum Staatsstreich und Seitenwechsel: König Mihai I. setzte Antonescu ab und erklärte Deutschland und Ungarn den Krieg. (→ Magocsi: Karte 40b)

Rumänien nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Sturz Antonescus ernannte der König eine Regierung aus parteilosen Fachleuten sowie aus Mitgliedern der Bauernpartei, Nationalliberalen, Sozialdemokraten und Kommunisten und setzte die Verfassung von 1923 wieder in Kraft. Bereits im Oktober beendete die KP das Bündnis und formte die linksgerichtete Nationaldemokratische Front. In der im März 1945 eingesetzten vierten Regierung seit dem Umschwung hatte diese vierzehn von achtzehn Kabinettsitzen inne. Dadurch war das erste sowjetische Ziel einer kommunistisch kontrollierten Staatsführung erreicht, auch wenn es eine Koalitionsregierung unter einem nichtkommunistischen Ministerpräsidenten war.

Die Machtübernahme der KP – die bis zum Ende des Weltkriegs nicht nur verboten, sondern auch bedeutungslos war – erfolgte de facto nach der Beseitigung der bürgerlichen Parteien und ihrer Politiker sowie der Monarchie und nach der Ausrufung der Volksrepublik Ende 1947. Formal fand die Machtübernahme durch die Rumänische KP nach der Fusion mit den Sozialdemokraten zur Rumänischen Arbeiterpartei (RAP) unter Gheorghe Gheorghiu-Dej statt. Bei den daraufhin stattfindenden „Wahlen“ erreichte die RAP 405 von 414 Sitzen, und das neugewählte Parlament nahm jene Verfassung einstimmig an, aufgrund derer die rumänische Gesellschaft und Politik eine sozialistische Umgestaltung erfuhr. Von der Sowjetisierung betroffen waren alle Lebensbereiche wie Wirtschaft und Produktionsstrukturen, Bildungswesen, Kultur, Besitzverhältnisse, aber auch die RAP selbst. In dieser setzten sich die sog. Hei-

matkommunisten gegen die „Moskowiter“ – diese waren zumeist Angehörige ethnischer oder nationaler Minderheiten – durch und ebneten den Weg zur zweiten Verfassung, welche die konstitutionelle Gleichschaltung mit den sozialistischen Blockstaaten durch eine weitgehende Anlehnung an das sowjetische Modell von 1936 vollendete.

Mit dem Tod Stalins 1953 und der beginnenden Destalinisierung in der Sowjetunion setzte in Rumänien eine unterschwellige Derussifizierung und eine allmähliche Abweichung der Politik vom sowjetisch-internationalistischen Kurs ein, die sich in einer Umdeutung der nationalen Geschichte, dem Ersetzen russoslawischer Elemente im geistigen Bereich durch dakoromanische und einer außen- und wirtschaftspolitischen Neuorientierung offenbarte. Diese innerumänische Umgestaltung schuf die realpolitischen Voraussetzungen für die neue Politik, die sich ab 1963 (sino-sowjetischer Konflikt und Annäherung Rumäniens an China) und besonders ab 1965 festigte, als sich mit der Wahl Nicolae Ceauşescu zum ersten Sekretär der RAP, deren Umbenennung in Rumänische Kommunistische Partei (RKP) sowie der Verabschiedung einer neuen Verfassung – in der das übliche Bekenntnis zur Freundschaft mit der Sowjetunion fehlte und die Souveränität und Unabhängigkeit des Landes betont wurde – ein nationalkommunistischer Kurs etablierte.

Nach einer relativ positiven Entwicklungsphase – die aufgrund der rumänischen Weigerung, am Einmarsch in der ČSSR teilzunehmen, auch international rezipiert wurde – erfolgte 1971 unter dem Eindruck der Ergebnisse der chinesischen Kulturrevolution eine Zäsur: Durch eine gezielte Veränderung des Machtgefüges konzentrierten sich immer mehr Befugnisse in der Hand Ceauşescus, die gefestigt wurde durch eine entsprechende Personalpolitik im Kaderwesen, Modifikationen im Sicherheitswesen, eine Ämterkumulation und Kaderrotation, die den Aufbau einer innerparteilichen Opposition verhinderte. Die nach chinesischem Vorbild initiierte „Kleine Kulturrevolution“ des selben Jahres markierte sowohl den Beginn eines immer restriktiver werdenden minderheitenfeindlichen Kurses als auch einer ausgeprägt rumänisch-nationalen Politik, aber auch einer forcierten Industrialisierungs-, Bevölkerungs- sowie einer sozioökonomischen Vereinheitlichungspolitik. Dieser Restalinisierung und rigiden Innen- und Wirtschaftspolitik stand eine auf Unabhängigkeit bedachte Außenpolitik gegenüber, die Rumänien sowohl im *RGW als auch im Warschauer Pakt eine Sonderrolle zukommen ließ. Diese Haltung wurde von den westlichen Staaten als antisowjetisch honoriert, weshalb keine Perzeption der innerstaatlichen Repressionen, des stetig anwachsenden Personenkults um Ceauşescu und der in den 80er Jahren katastrophalen Versorgung der Bevölkerung stattfand. Erst mit den Reformen in der UdSSR durch Gorbatschow, die Rumänien nicht übernahm, sondern seine Innenpolitik noch verschärfte, setzte ein Wandel in der internationalen Auffassung über Rumänien ein. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Tauwetters und nach dem

Bekanntwerden des Systematisierungsprogramms, das die Vernichtung eines Großteils der Dörfer und eine Konzentrierung der Bevölkerung in agroindustriellen Produktionszentren vorsah, änderte sich die Rezeption rumänischer Politik, und es wurden die Verstöße gegen Menschen- und Minderheitenrechte sowie die Diskrepanz zwischen Verfassungsanspruch und -realität offen kritisiert.

Der bedeutendste Schnitt erfolgte im Dezember 1989, als eine Volkserhebung, die in einen Staatsstreich mündete, die Diktatur Ceaușescus gewaltsam beendete und reformkommunistische Eliten um Ion Iliescu – organisiert in der Front der Nationalen Rettung (FNR) – an die Macht brachte. Deren Kurs manifestierte sich in einer speziellen Definition von Demokratie, die nicht einen Parteienpluralismus etablieren wollte, sondern einen Meinungspluralismus innerhalb des von ihr vorgegebenen Rahmens. Während der beiden Präsidentschaften Iliescus kam es zu einer erneuten Nationalisierung der Politik durch eine Zusammenarbeit von Gegnern einer Demokratisierung und nationalistischen Parteien, die eine Transformation in einen demokratisch-marktwirtschaftlich orientierten Staat verzögerte und die angestrebte Aufnahme in die westlichen militärischen und politisch-wirtschaftlichen Institutionen behinderte.

Forschungsfragen

Während die ersten Jahrzehnte des modernen Staates Rumänien sowie die Zwischenkriegszeit gut bearbeitet sind, fehlen nach wie vor Darstellungen über die Zeit 1880-1920. Außerdem stehen neuere Arbeiten über die außenpolitischen Verbindungen und die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Sozialgeschichte des 19. und 20. Jhs. aus. Als wichtige Forschungsstätten sind die Historischen Institute der Rumänischen Akademie in Bukarest (București; Iorga-Institut und Institut für Totalitarismusforschung), Iași und Klausenburg (Cluj), sodann das neue Methoden propagierende Zentrum für die Geschichte des Imaginären an der Universität Bukarest sowie das ebenfalls in Bukarest angesiedelte Institut für südosteuropäische Studien zu nennen. Über bedeutende Bücherbestände verfügen die Bibliothek der Akademie und die Zentrale Staatsbibliothek in Bukarest, die Rumänische Bibliothek in Freiburg/Br. und das Siebenbürgen-Institut in Gundelsheim/Neckar. Das Nationalarchiv in Bukarest und die zugehörigen Kreisdirektionen besitzen überwiegend gute und zugängliche Bestände; die Akten der Nachkriegszeit sind nur zum geringen Teil erschlossen und oft gesperrt (↗ Moldau und Walachei).

Auswahlbibliographie

→ Banat, → Bukowina, → Moldau und Walachei, → Moldawien, → Siebenbürgen

Bibliographien, Nachschlagewerke

→ Moldau und Walachei

Quellen

1. 1918 la români. Desăvârșirea unității național-statale a poporului român. Recunoașterea ei internațională 1918. Documente interne și externe [1918 bei den Rumänen. Die Vollendung der nationalstaatlichen Einheit des rumänischen Volkes und deren internationale Anerkennung 1918. Interne und auswärtige Quellen]. 10 Bde. București 1981-1989.
2. Acte și documente relative la istoria renascerei României [Akten und Dokumente zur Geschichte der Wiedergeburt Rumäniens]. 4 Bde. București 1889-1909.
3. Documente privind istoria României. Războiul pentru independență [Dokumente zur Geschichte Rumäniens. Der Unabhängigkeitskrieg]. 9 Bde. București 1953-1955.
4. Documente privind istoria României între anii [Dokumente zur Geschichte Rumäniens in den Jahren] 1918-1944. Hgg. Ioan Scurtu u.a. București 1995.
5. Totalitarismul de dreapta în România. Origini, manifestări, evoluție [Der rechte Totalitarismus in Rumänien. Ursprünge, Entfaltung, Entwicklung] 1919-1927. Hgg. Ioan Scurtu u.a. București 1996.

Gesamtdarstellungen

6. Boia, Lucian: Istorie și mit în conștiința românească [Geschichte und Mythos im rumänischen Bewußtsein]. București 1997.
7. Fischer-Galati, Stephen: 20th Century Romania. New York, London 1970, ²1991.
8. Hitchins, Keith: Rumania, 1866-1947. Oxford 1994.
9. Völkl, Ekkehard: Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Regensburg 1995.

Grundlegende Monographien

10. Beer, Klaus P.: Zur Entwicklung des Parteien- und Parlamentssystems in Rumänien 1928-1933. Die Zeit der national-bäuerlichen Regierungen. 2 Bde. Frankfurt u.a. 1983 (= Europäische Hochschulschriften III/186).
11. Ebel, Ernst: Rumänien und die Mittelmächte von der russisch-türkischen Krise 1877/78 bis zum Bukarester Frieden vom 10. August 1913. Berlin 1939.
12. Fischer-Galati, Stephen: The New Rumania. From People's Democracy to Socialist Republic. Cambridge/Ma. 1967 (= Studies in International Communism 10).
13. Frickenhelm, Gerd: Die rumänische Abweichung. Eine Beschreibung und Analyse ihrer Entstehung. Münster 1990 (= Studien zur Politikwissenschaft 57).
14. Gabanyi, Anneli Ute: Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation. München 1998 (= UGSOE 35).
15. Gallagher, Tom: Romania after Ceaușescu. The Politics of Intolerance. Edinburgh 1995.
16. Gilberg, Trond: Modernization in Romania Since World War II. New York u.a. 1975.

17. *Gilberg, Trond*: Nationalism and Communism in Romania. The Rise and Fall of Ceaușescu's Personal Dictatorship. Boulder/Co. 1990.
18. *Hausleitner, Mariana*: Die nationale Frage in der rumänischen Arbeiterbewegung vor 1924. Berlin 1988.
19. *Heinen, Armin*: Die Legion „Erzengel Michael“ in Rumänien - soziale Bewegung und politische Organisation. Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus. München 1986 (= SOA 83).
20. *Hillgruber, Andreas*: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen, 1938-1944. Wiesbaden 1965 (= Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz 5).
21. *Jowitt, Kenneth*: Revolutionary Breakthroughs and National Development. The Case of Romania, 1944-1965. Berkeley u.a. 1971.
22. *Kendi, Erich*: Minderheitenschutz in Rumänien. Die rechtliche Normierung des Schutzes der ethnischen Minderheiten in Rumänien. München 1992 (= UGSOE 30).
23. *King, Robert R.*: A History of the Romanian Communist Party. Stanford/Ca. 1980 (= Histories of Ruling Communist Parties 233).
24. *Livezeanu, Irina*: Cultural Politics in Greater Romania. Regionalism, Nation Building & Ethnic Struggle, 1918-1930. Ithaca, London 1995.
25. *Madgearu, Virgil*: Evoluția economiei românești după războiul mondial [Die Entwicklung der rumänischen Wirtschaft nach dem Weltkrieg]. București 1940.
26. *Maier, Lothar*: Rumänien auf dem Weg zur Unabhängigkeitserklärung 1866-1877. Schein und Wirklichkeit liberaler Verfassung und staatlicher Souveränität. München 1989 (= SOA 88).
27. *Mamina, Ion; Scurtu, Ioan*: Guverne și guvernanți [Regierungen und Regierenden] (1866-1938). 2 Bde. București 1996.
28. *Maner, Hans-Christian*: Parlamentarismus in Rumänien (1930-1940). Demokratie im autoritären Umfeld. München 1997 (= SOA 101).
29. *Michelson, Paul E.*: Conflict and Crisis. Romanian Political Development, 1861-1871. New York, London 1987.
30. *Scheerer, Karl*: Die rumänischen Bauernaufstände vom Frühjahr 1907. Bern, Frankfurt/M. 1974 (= Europäische Hochschulschriften III/32).
31. *Tontsch, Günther H.*: Das Verhältnis von Partei und Staat in Rumänien. Kontinuität und Wandel 1944-1982. Köln 1985 (= Abhandlungen zum Ostrecht 17).
32. *Verdery, Katherine*: National Ideology Under Socialism. Identity and Cultural Politics in Ceaușescu's Romania. Berkeley u.a. 1991 (= Societies and Culture in East-Central Europe 7).

Zeitschriften

→ Moldau und Walachei, → Siebenbürgen

Ralf Thomas Göllner (Rumänien nach 1944),
Hans-Christian Maner (1858/59-1944)

Sandžak von Novi Pazar

Die historische Landschaft des Sandžaks von Novi Pazar (auch einfach Sandžak, nach der osmanischen Verwaltungseinheit *Sancak) knüpft ab der osmanischen Eroberung 1455 indirekt an die Existenz des mittelalterlichen Raszien (↗Serbien) im gleichen Raum an. Der namensgebende und sich in seinen ersten Jahrzehnten sehr rasch als bedeutende muslimische Stadt entwickelnde Hauptort Novi Pazar ist eine osmanische Gründung von 1461. Ab 1463/64 war die administrativ noch uneinheitliche Region überwiegend Teil des Sancaks Bosna (↗Bosnien) bzw. im Westen des Sancaks Herzegowina; ab Gründung des *Eyalets Bosna 1580 war es diesem unter wechselnden Bezeichnungen vollständig zugeordnet.

Eine eigentliche, stark islamisch geprägte Stadtkultur entstand erst in osmanischer Zeit. Allerdings betrug der urbane Anteil an der Gesamtbevölkerung noch zu Beginn des 20. Jhs. nur ein Achtel. Die demographische Entwicklung insgesamt war von starken Migrationen geprägt, im Gefolge kriegerischer Ereignisse vielfach zwangsweise (habsburgische Vorstöße 1689/90 und 1737). In konfessioneller Hinsicht ergab sich bis gegen 1900 eine muslimische Mehrheit gegenüber den *Orthodoxen von 60:40 bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 270.000. Bemerkenswert ist im Süden des Gebiets ein starker albanischer Anteil unter den ansonsten slawischen ↗Muslimen, der auf Einwanderung ab etwa 1700 zurückgeht. Im Laufe des 20. Jhs. hat sich diese albanische Bevölkerungsgruppe ethnisch weitgehend assimiliert. Durch die vorherige Tradition der Zweisprachigkeit wurde der Sandžak zum zentralen Bereich muslimisch-bosniakisch-albanischen Kulturtransfers, der u.a. wesentliche Teile der albanischen Epentradition angestoßen hat.

1877 kam das Gebiet zum *Vilayet ↗Kosovo. Entgegen der häufigen Annahme hat Österreich-Ungarn (↗Habsburgerreich) 1878-1908 nicht den ganzen Sandžak militärisch besetzt. Die Grundlage dafür hatte der *Berliner Kongreß geboten, aber in einem Abkommen mit der Türkei 1879 wurden Besatzungen nur für den Nordwestteil vereinbart. Dieser Bereich wurde von der osmanischen Zivilverwaltung 1880 als eigener Sancak Pljevlja aus dem Sandžak Novi Pazar ausgegliedert. Das nicht realisierte Projekt der Sandžak-Bahn mit Zielrichtung Thessaloniki steht für das Scheitern weitgespannter strategischer Pläne Österreich-Ungarns auf dem Zentralbalkan. Im Gefolge der Annexion Bosniens und der Herzegowina 1908 räumte die Donaumonarchie ihre Garnisonen. Im Ersten *Balkankrieg 1912 besetzten Truppen Serbiens und ↗Montegros den Sandžak, der 1913 zwischen diesen beiden Staaten aufgeteilt wurde. (→ Magocsi: Karte 26b)

Ökonomisch und politisch bedingte Auswanderungswellen unter der muslimischen Bevölkerung nach den beiden Weltkriegen prägten die weitere Entwicklung wesentlich mit. Im Zweiten Weltkrieg kam es zu starker Tätigkeit